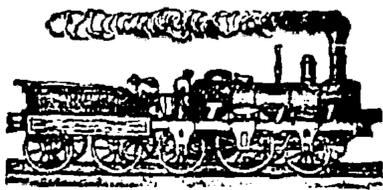


Lokomotive an der Oder.

Diese Zeitung erscheint täglich,
mit Ausnahme der Tage nach den
Sonnen- und Festtagen.

Dessler



Zeitung.

Insertions-Annahme bis 11 Uhr Vormittags
Insertionsgebühr für die
gespaltene Zeile oder deren Raum 10

Verantwortlicher Redacteur H. Ludwig. — Schnellpressendruck und Verlag von H. Ludwig.

Nr. 92.

Sonnabend den 21. April 1883.

25. Jahrgang.

Politische Wochenübersicht.

Der Kaiser hatte sich bald nach dem Eintreffen der Depesche vom Ableben des Großherzogs nach Schwerin begeben, wo er mit seiner Schwester zusammentraf. Bei der Beerdigung wird der deutsche Kronprinz den Berliner Hof vertreten. — Von Wiesbaden aus wird der deutsche Kaiser wiederum nach Ems, Gastein und Baden-Baden gehen, wohin auch die Kaiserin nach längerem Aufenthalt in Koblenz überzusiedeln gedenkt. — Der deutsche Kronprinz begiebt sich mit Familie nach Oberitalien, dürfte jedoch den Aufenthalt daselbst mehrfach unterbrechen, zunächst, um in Berlin die Kaiserin-Protectorin bei der Eröffnung der großartigen Hygiene-Ausstellung zu vertreten. — Prinz Wilhelm besucht Anfang nächster Woche den Kronprinzen Rudolf von Oesterreich in Prag. — In Berlin erwartete man den Besuch des Königs Humbert von Italien; es scheint jedoch, als ob statt dessen eine Entrevue der am Dreibunde beteiligten Monarchen in Gastein oder in Venedig mehr Chancen für sich hätte. — Der König und die Königin von Rumänien, welche in Rembied erwartet sind, dürften wohl dem deutschen Kaiser in Wiesbaden einen Besuch abstaten. — Im Hochsommer gedenkt Nasr-Eddin, Schah von Persien, einige Tage in Berlin zu verweilen.

Der Reichstag hat eine Pause gemacht, um dem preussischen Landtage, wie auch dem bayrischen Raum zu gewähren. In München spielten die Ultramontanen bei der Debatte über die Nothstandsvorlage eine wenig beneidenswerthe Rolle, da sie in das humane Gesetz eine Wache gegen die liberale, schwer geschädigte Pfalz hineinbrachten. Im preussischen Abgeordnetenhaus führte die Frage der Wivisektion zu höchst interessanten Debatten, welche uns wiederum den preussischen Minister v. Gossler als ein parlamentarisches Talent ersten Ranges zeigten. Die Wivisektion soll zwar einer Art amtlicher Prüfung unterworfen werden, aber sie ist vorläufig glänzend gerechtfertigt worden. — Das Abgeordnetenhaus bewilligte für Preußen zahlreiche Erweiterungen des Secundärbahnnetzes.

Der Reichstag scheint die Idee einer Beantwortung der kaiserlichen Botschaft und die Adressdebatte aufgegeben zu haben.

In Wien hat die Schuldebatte begonnen, die voraussichtlich noch in einer langen Spezialdebatte das Abgeordnetenhaus beschäftigen wird, nachdem die Generaldebatte geschlossen worden ist.

Ungarn bleibt das klassische Land der parlamentarischen Skandale, so sehr auch Frankreich und England sich bemühen, mit ihm zu concurriren. Eine grabstichneiderische Clique verbreitet daselbst von Zeit zu Zeit unwahre Gerüchte, — zur Zeit beschuldigte einen Abgeordneten, er sei wegen Diebstahls von einer Polizei verfolgt, — und das Ende bilden gewöhnlich eine Anzahl von Duellen, wobei die Magyaren ein Säbel der Pistole vorziehen.

In Paris soll sich der berühmte Ehrenwortkriegsminister Thibaudin nun doch mit dem Gedanken eines Rücktritts vertraut gemacht haben.

Die englische Polizei scheint ein Attentat auf die Königin zu befürchten, zu deren Schutz sie umfassende Vorsichtsmaßregeln trifft. Als sie nach Osborne fuhr, wurde der Bahnhof gesperrt und die Polizei Wege auf dem Wege Chaine.

In Rom erwartet man den Rücktritt des Marine-Ministers Acton, obwohl derselbe ein Vertrauensvotum erhielt — allerdings nur mit einer Majorität von 10 Stimmen.

In Russland werden die Studenten-Unruhen zornisch. Wie aus Warschau berichtet wird, insultete am Montag ein Student der Medizin, Namens Poffe, den Universitäts-Curator Apuchin in dessen Anklei. Die Untersuchung wurde darauf eingeleitet. Am Dienstag versammelten sich an 200 Studenten im Universitätsgebäude und verlangten von dem

Rector Anskunft über die in Folge der Untersuchung wegen Insultierung des Universitäts-Curators Verhafteten. Diesem Verlangen wurde nicht entsprochen und das Universitätsgebäude durch Polizei und Militär besetzt. Als sich gegen Abend die Studenten durch ein Einschreiten des Militärs bedroht sahen, zerstreuten sie sich. Es ist ein Namensverzeichnis derselben aufgenommen worden. Aus Odesa wird noch gemeldet: Nach der Verlesung des definitiven Urtheilspruches gegen die 26 wegen verschiedener Staatsverbrechen Angeklagten reichen 10 Verurtheilte Wittgesuche um Straflinderung ein.

Der große russische Nihilisten-Prozess der „Siebzehn“ zeigt die Nihilisten in günstigerem Lichte. Sie wollten kaum mehr als einer constitutionellen Monarchie die Wege ebnen; die Wahl der verzweifeltsten Mittel, die verbrecherisch sind, erklärt sich aber aus dem Druck- und Schreckenregiment, welches die russische Gewalt- und Willkürherrschaft selbst den gemäßigten Freimüthigen gegenüber führt.

Die Schweiz verzichtet auf die Ehre, bei der Moskauer Czarenkrönung vertreten zu sein.

Die madagassische Gesandtschaft ist von Washington nach London zurückgekehrt und gedenkt zunächst nach Berlin zu reisen.

Deutschland.

Berlin, 19. April. [Reichstag.] Präsident von Levekov eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Am Regierungstisch Minister Scholz, und die Geh. Räte Lehmann und Hermann. Prinz Wilhelm in der Hofloge. Das Haus ist anfangs nur spärlich besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Der Präsident macht dem Hause Mittheilung von dem Ableben des Großherzogs von Mecklenburg, mit dem der Kaiser einen theuren Verwandten, Freund und Bundesgenossen verloren habe. — Friede seiner Asche! (Das Haus nahm schweigend die Mittheilung entgegen, die Mitglieder hatten sich sämtlich von ihren Plätzen erhoben.) Es wird sodann in die zweite Beratung der Krankenversicherung der Arbeiter eingetreten. Abgeordneter Richter (Hagen) kritisiert die Vorlage als nach vielen Richtungen hin bedenklich. Sie erlöbte die Lust an der freien Selbstbestimmung des Arbeiters und erwecke Hoffnungen auf die Hilfe des Staates, die bedenklich werden können. Zufriedener macht man die Arbeiter damit auch nicht, denn was man ihnen biete, sei doch nur eine dünne Wasser-suppe gegenüber den Versprechungen der Sozialdemokratie. Das Prinzip der Hohenzollern werde in dieser Vorlage verlassen. Die ganzen sozialpolitischen Gesetze müssen, nach einem einheitlichen Plane gearbeitet, vorliegen. Minister Scholz: Die Regierung ist entgegen der Meinung, daß aus der Beratung einer solchen Vorlage sich das Material für andere Vorlagen erst gewinnen lassen muß. Abgeordneter Freiherr von Hertling (Centrum) ist für die Vorlage, verlangt aber, daß die ländlichen Arbeiter vom Versicherungszwange ausgeschlossen werden. Das ganze Wesen der Krankenversicherung sei eng verwachsen mit der Geschichte unserer Industrie und für diese eigne sich das Prinzip des Versicherungszwanges. Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) polemisiert mit dem Abg. Richter und behauptet, daß im Gegentheil die Vorlage auch in den extremsten Arbeiterkreisen Zustimmung finde. Er bittet um unveränderte Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Abg. v. Webell-Malchow: Meine Freunde sind über die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in dies Gesetz getheilte Meinung; ich halte es für nöthig, um den Irrlehren der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Wir haben gerade Bedenken gegen einzelne Bestimmungen, stellen aber keine Abänderungsanträge, um das Zustandekommen der Vorlage nicht zu verhindern. — Hierauf vertagt sich das Haus. — Abg. Sonnemann bittet den Präsidenten, auf die Geschäftslage des Preussischen Abgeordnetenhauses in Zukunft keine Rücksicht zu nehmen. v. Wennigsen bittet, hier-

über mit dem Seniorenconvent zu verhandeln und von Münnigerode schiebt die Schuld an der Geschäftslage der Linken zu. Ein Beschluß wird nicht gefaßt. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der Krankenversicherung der Arbeiter. Schluß 5 1/2 Uhr. — [Abgeordnetenhaus] Präsident von Koeller eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Die Verlängerung der Wahlfrist der sächsischen Lehnbesitzer wird debattelos in dritter Lesung genehmigt, und demnächst in der Berathung über die Secundärbahn-Vorlage fortgesetzt. Zur Umgestaltung des Bahnhofes in Steglitz werden 422,000 Mark gefordert. Die Commission beantragt, die Forderung zu streichen. Abg. Wolff (cons.) beantragt dagegen die Bewilligung; der Zustand des Bahnhofes in Steglitz gefährde Leben und Gesundheit des Publikums. Minister Maybach bestätigt dies und betont, daß er selbst, wenn die Position abgelehnt werden sollte, die Aenderungen des Bahnhofes veranlassen müsse, um seiner Verantwortlichkeit zu genügen. Wäre die Bahn noch im Privatbesitz, so würde der Staat die Aenderungen von ihr erzwingen. Abg. v. Ludwig: Im Lande giebt es viele Bahnhöfe, die erheblich schlechter sind als der in Steglitz; es ist kein Unglück, wenn einmal Berliner Vergnügungszügler an den wenigen Sommerfontagen etwas naß werden. Abg. Wolff: Es handelt sich nicht um die Vergnügungszügler, sondern um das Verkehrspublicum. Abg. Dr. Lieber (Centrum): Es wäre jedenfalls nicht constitutionell, wenn der Minister, entgegen dem Beschlusse des Hauses, die Aenderungen des Bahnhofes vornehmen wollte. Abg. Büchtemann. Der Zustand des Bahnhofes ist zwar nicht ganz unbedenklich; aber die Uebelstände sind doch nicht so schwieriger Art, daß eine so bedeutende Ausgabe gerechtfertigt sein würde. — Es wird die Petition mit 173 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Gegen 1 Uhr wird die Debatte abgebrochen und es entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, in welcher die Abg. Richter und Dirichlet in Widerspruch mit den Abg. v. Rauchhaupt und v. Münnigerode unter Hinweis auf die kaiserliche Botschaft und auf die Geschäftslage im Reichstage die Vertagung der Beratungen über die Verwaltungsreform verlangen. Die Debatte war ohne praktischen Resultat. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Fortsetzung der Berathung der Secundärbahn-Vorlage. Schluß 1 1/2 Uhr.

Das hiesige erschienenene „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht eine kaiserliche Ordre vom 17. April, welche eine Armeetrauer für den Großherzog von Mecklenburg anordnet. Sämmtliche Offiziere der Armee und Marine legen auf vierzehn Tage Trauerflor um den Arm an. Bei dem Infanterie-Regiment Nr. 24 und dem Husaren-Regiment Nr. 15 dauert die Trauer drei Wochen. Für die Truppentheile der 31. Infanterie- und der 17. Cavallerie-Brigade und für die erste Abtheilung des Holstein'schen Feldartillerie-Regiments wird eine besondere Bestimmung erfolgen. — Aus einer Audienz, die der Reichskanzler beim Kaiser hatte, will man schließen, daß die bereits avisierte Beantwortung der deutschen Note durch den Cardinal Sacobini thatsächlich eingetroffen sei. Die Berathung der Verwaltungs-gesetze, für welche der Minister des Innern sich in besonderer Weise engagirt hat, wird durch die mittelst der Botschaft durch den Reichstag verlangte Arbeitsvermehrung in Frage gestellt. Es ist dies eine Thatsache, die in parlamentarischen Kreisen vielfach commentirt wird. — Die Absicht, eine Adresse zur Beantwortung der kaiserlichen Botschaft zu beantragen, ist von allen Seiten aufgegeben, nachdem es keinem Zweifel mehr unterliegt, daß eine Majorität für das Eingehen auf die Spezialberathung des Stats für 1884/85 vorhanden ist.

Wiesbaden, 18. April. Der Kaiser ist heute Vormittag 10 Uhr 20 Minuten wohlbehalten hier eingetroffen und am Bahnhofe von den Spitzen der

über mit dem Seniorenconvent zu verhandeln und von Münnigerode schiebt die Schuld an der Geschäftslage der Linken zu. Ein Beschluß wird nicht gefaßt. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der Krankenversicherung der Arbeiter. Schluß 5 1/2 Uhr.

[Abgeordnetenhaus] Präsident von Koeller eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Die Verlängerung der Wahlfrist der sächsischen Lehnbesitzer wird debattelos in dritter Lesung genehmigt, und demnächst in der Berathung über die Secundärbahn-Vorlage fortgesetzt. Zur Umgestaltung des Bahnhofes in Steglitz werden 422,000 Mark gefordert. Die Commission beantragt, die Forderung zu streichen. Abg. Wolff (cons.) beantragt dagegen die Bewilligung; der Zustand des Bahnhofes in Steglitz gefährde Leben und Gesundheit des Publikums. Minister Maybach bestätigt dies und betont, daß er selbst, wenn die Position abgelehnt werden sollte, die Aenderungen des Bahnhofes veranlassen müsse, um seiner Verantwortlichkeit zu genügen. Wäre die Bahn noch im Privatbesitz, so würde der Staat die Aenderungen von ihr erzwingen. Abg. v. Ludwig: Im Lande giebt es viele Bahnhöfe, die erheblich schlechter sind als der in Steglitz; es ist kein Unglück, wenn einmal Berliner Vergnügungszügler an den wenigen Sommerfontagen etwas naß werden. Abg. Wolff: Es handelt sich nicht um die Vergnügungszügler, sondern um das Verkehrspublicum. Abg. Dr. Lieber (Centrum): Es wäre jedenfalls nicht constitutionell, wenn der Minister, entgegen dem Beschlusse des Hauses, die Aenderungen des Bahnhofes vornehmen wollte. Abg. Büchtemann. Der Zustand des Bahnhofes ist zwar nicht ganz unbedenklich; aber die Uebelstände sind doch nicht so schwieriger Art, daß eine so bedeutende Ausgabe gerechtfertigt sein würde. — Es wird die Petition mit 173 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Gegen 1 Uhr wird die Debatte abgebrochen und es entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, in welcher die Abg. Richter und Dirichlet in Widerspruch mit den Abg. v. Rauchhaupt und v. Münnigerode unter Hinweis auf die kaiserliche Botschaft und auf die Geschäftslage im Reichstage die Vertagung der Beratungen über die Verwaltungsreform verlangen. Die Debatte war ohne praktischen Resultat. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Fortsetzung der Berathung der Secundärbahn-Vorlage. Schluß 1 1/2 Uhr.

Das hiesige erschienenene „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht eine kaiserliche Ordre vom 17. April, welche eine Armeetrauer für den Großherzog von Mecklenburg anordnet. Sämmtliche Offiziere der Armee und Marine legen auf vierzehn Tage Trauerflor um den Arm an. Bei dem Infanterie-Regiment Nr. 24 und dem Husaren-Regiment Nr. 15 dauert die Trauer drei Wochen. Für die Truppentheile der 31. Infanterie- und der 17. Cavallerie-Brigade und für die erste Abtheilung des Holstein'schen Feldartillerie-Regiments wird eine besondere Bestimmung erfolgen. — Aus einer Audienz, die der Reichskanzler beim Kaiser hatte, will man schließen, daß die bereits avisierte Beantwortung der deutschen Note durch den Cardinal Sacobini thatsächlich eingetroffen sei. Die Berathung der Verwaltungs-gesetze, für welche der Minister des Innern sich in besonderer Weise engagirt hat, wird durch die mittelst der Botschaft durch den Reichstag verlangte Arbeitsvermehrung in Frage gestellt. Es ist dies eine Thatsache, die in parlamentarischen Kreisen vielfach commentirt wird. — Die Absicht, eine Adresse zur Beantwortung der kaiserlichen Botschaft zu beantragen, ist von allen Seiten aufgegeben, nachdem es keinem Zweifel mehr unterliegt, daß eine Majorität für das Eingehen auf die Spezialberathung des Stats für 1884/85 vorhanden ist.

Wiesbaden, 18. April. Der Kaiser ist heute Vormittag 10 Uhr 20 Minuten wohlbehalten hier eingetroffen und am Bahnhofe von den Spitzen der